

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Mit Koch und seiner Politik der sozialen Verwüstungen Schluss machen – die Stimmen für eine SPD-Regierung in Hessen erobern ...das ist möglich

Koch droht der Verlust der Regierungsmehrheit. Denn die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und Jugend lehnt seine gnadenlose Politik der sozialen Zerstörung ab.

Mit seiner reaktionären Offensive gegen „kriminelle junge Ausländer“ versucht Koch wie 1999 mit seiner damaligen Hasskampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer das Ruder noch einmal für einen Sieg der CDU rumzureißen.

Doch geht nicht von der Politik der Regierung Koch, die allen Jugendlichen jede Lebensperspektive raubt, die Gewalt gegen die Jugend aus? Liegt nicht die Verantwortung für die sozialen Verwerfungen bei Koch, der als Muster-schüler die Politik der Großen Koalition und der Agenda 2010, dem Gebot der EU folgend, in Hessen umgesetzt hat?

Schon der Bundesparteitag der SPD hat „Korrekturen der von den Menschen empfundenen massiven Ungerechtigkeiten“ auf die Tagesordnung gesetzt.

Hat die Spitzenkandidatin der SPD in

Hessen, Andrea Ypsilanti, nicht recht, wenn sie Koch antwortet: Jugendkriminalität? – „Das ist die Diskussion über die Bildungspolitik... Das ist die Diskussion über Ausbildungsplätze...“

„Die Ablösung der Regierung Koch ist dringlich“, schreiben GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, die sich in der hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative für die Rückeroberung der sozialdemokratischen Regierungsmehrheit engagieren.

Denn Koch, das heißt: Kahlschlag im Landeshaushalt, drastische Kürzungen bei Schulen und Bildung, radikale Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, der Unikliniken und der Frankfurter Universität...

Koch, das heißt: Tarifbruch, Missachtung der berechtigten Lohnforderungen der KollegInnen und ihrer Gewerkschaften, Aushebelung der freien Tarifverhandlungen der gewerkschaftlichen Tarifverträge – eine Praxis die wir in Deutschland seit der Nazi-Diktatur nicht mehr erlebt haben.

„Ich will keine Reformen mehr, vor denen die Menschen Angst haben“, erklärt Andrea Ypsilanti.

Was aber kann das anderes heißen, als die Interessen und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung, der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, der LehrerInnen, Eltern und der Jugend, der Kranken, zum Auftrag zu machen für das Handeln einer SPD-Regierung in Hessen?

Andrea Ypsilanti erklärt es zum Programm der SPD, dass es keine Klassen mehr geben darf mit mehr als 25 SchülerInnen; dass entsprechend viele LehrerInnen eingestellt werden und dass in der nächsten Legislaturperiode 300 Mil-

lionen Euro für die Schulen ausgegeben werden sollen. Sie fordert die Rücknahme der Studiengebühren.

Ist es nicht notwendig, die Erfüllung dieser Forderungen offensiv zu den ersten Maßnahmen zu erklären, auf die sich das Handeln einer SPD-Regierung verpflichtet?

„Der Staat darf nicht tatenlos zusehen, wenn sittenwidrige Löhne gezahlt werden.“ Andrea Ypsilanti verspricht als Spitzenkandidatin der SPD, dass unter einer SPD-Regierung Hessen wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt.

Die Offensive der SPD in Hessen für die Verpflichtung einer SPD-Regierung auf die Wiederherstellung und Respektierung der gewerkschaftlichen Flächentarifverträge und ihrer gerechten Löhne vor der arbeitenden Bevölkerung, die sich über Armenlöhne empören, die Koch ihnen aufzwingen will – das bringt die notwendigen Stimmen für die SPD-Mehrheit.

Wenn die SPD die Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerungsmehrheit öffentlich zum verpflichtenden Auftrag für ihr Regierungshandeln macht, – entgegen der Gebote der Großen Koalition und der EU –, wird sie das Vertrauen und die Stimmen der Mehrheit, der Jugend gewinnen und vereinen können, für den Sieg der SPD, für die soziale Wiederherstellung des Landes.

„Eine solche Offensive wird ein Impuls sein, um auch die SPD im Bund wieder auf den Weg des Sieges, zur Eroberung einer Mehrheit für eine sozialdemokratische Regierung, zu bringen.“ (aus der Erklärung der hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative)

CARLA BOULBOULLÉ

Aus dem Inhalt

**Offener Brief an die SPD-MdB
„Stimmt mit NEIN zum
Lissabon-Vertrag“**

**Hessische ArbeitnehmerInnen-
Initiative: Vereint
alle Stimmen auf die SPD –
Für die Ablösung von Koch**

Tarifkampf Öffentlicher Dienst

**BELGIEN: Gewerkschaftsdemon-
stration für die Verteidigung der
gemeinsamen sozialen Errungen-
schaften, der Einheit des Landes**